

## **§ 67 SGB II Vereinfachtes Verfahren für den Zugang zu sozialer Sicherung aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2; Verordnungsermächtigung**

(Ursprünglich kommentierte Fassung vom 27.03.2020, gültig ab 28.03.2020, gültig bis 28.05.2020)

(1) Leistungen für Bewilligungszeiträume, die in der Zeit vom 1. März 2020 bis zum 30. Juni 2020 beginnen, werden nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 erbracht.

(2) <sup>1</sup>Abweichend von den §§ 9, 12 und 19 Absatz 3 wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller dies im Antrag erklärt.

(3) <sup>1</sup>§ 22 Absatz 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für die Dauer von sechs Monaten als angemessen gelten. <sup>2</sup>Nach Ablauf des Zeitraums nach Satz 1 ist § 22 Absatz 1 Satz 3 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Zeitraum nach Satz 1 nicht auf die in § 22 Absatz 1 Satz 3 genannte Frist anzurechnen ist. <sup>3</sup>Satz 1 gilt nicht in den Fällen, in denen im vorangegangenen Bewilligungszeitraum die angemessenen und nicht die tatsächlichen Aufwendungen als Bedarf anerkannt wurden.

(4) <sup>1</sup>Sofern über die Leistungen nach § 41a Absatz 1 Satz 1 vorläufig zu entscheiden ist, ist über den Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts abweichend von § 41 Absatz 3 Satz 1 und 2 für sechs Monate zu entscheiden. <sup>2</sup>In den Fällen des Satzes 1 entscheiden die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende abweichend von § 41a Absatz 3 nur auf Antrag abschließend über den monatlichen Leistungsanspruch.

(5) <sup>1</sup>Für Leistungen nach diesem Buch, deren Bewilligungszeitraum in der Zeit vom 31. März 2020 bis vor dem 31. August 2020 endet, ist für deren Weiterbewilligung abweichend von § 37 kein erneuter Antrag erforderlich. <sup>2</sup>Der zuletzt gestellte Antrag gilt insoweit einmalig für einen weiteren Bewilligungszeitraum fort. <sup>3</sup>Die Leistungen werden unter Annahme unveränderter Verhältnisse für zwölf Monate weiterbewilligt. <sup>4</sup>Soweit bereits die vorausgegangene Bewilligung nach § 41a vorläufig erfolgte, ergeht abweichend von Satz 3 auch die Weiterbewilligungsentscheidung nach § 41a aus demselben Grund für sechs Monate vorläufig. <sup>5</sup>§ 60 des Ersten Buches sowie die §§ 45, 48 und 50 des Zehnten Buches bleiben unberührt.

(6) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates den in Absatz 1 genannten Zeitraum längstens bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern.

## **§ 67 SGB II Vereinfachtes Verfahren für den Zugang zu sozialer Sicherung aus Anlass der COVID-19-Pandemie; Verordnungsermächtigung**

(Fassung vom 20.05.2020, gültig ab 29.05.2020)

(1) Leistungen für Bewilligungszeiträume, die in der Zeit vom 1. März 2020 bis zum 30. Juni 2020 beginnen, werden nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 erbracht.

(2) <sup>1</sup>Abweichend von den §§ 9, 12 und 19 Absatz 3 wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller dies im Antrag erklärt.

(3) <sup>1</sup>§ 22 Absatz 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für die Dauer von sechs Monaten als angemessen gelten. <sup>2</sup>Nach Ablauf des Zeitraums nach Satz 1 ist § 22 Absatz 1 Satz 3 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Zeitraum nach Satz 1 nicht auf die in § 22 Absatz 1 Satz 3 genannte Frist anzurechnen ist. <sup>3</sup>Satz 1 gilt nicht in den Fällen, in denen im vorangegangenen Bewilligungszeitraum die angemessenen und nicht die tatsächlichen Aufwendungen als Bedarf anerkannt wurden.

(4) <sup>1</sup>Sofern über die Leistungen nach § 41a Absatz 1 Satz 1 vorläufig zu entscheiden ist, ist über den Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts abweichend von § 41 Absatz 3 Satz 1 und 2 für sechs Monate zu entscheiden. <sup>2</sup>In den Fällen des Satzes 1 entscheiden die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende abweichend von § 41a Absatz 3 nur auf Antrag abschließend über den monatlichen Leistungsanspruch.

(5) <sup>1</sup>Für Leistungen nach diesem Buch, deren Bewilligungszeitraum in der Zeit vom 31. März 2020 bis vor dem 31. August 2020 endet, ist für deren Weiterbewilligung abweichend von § 37 kein erneuter Antrag erforderlich. <sup>2</sup>Der zuletzt gestellte Antrag gilt insoweit einmalig für einen weiteren Bewilligungszeitraum fort. <sup>3</sup>Die Leistungen werden unter Annahme unveränderter Verhältnisse für zwölf Monate weiterbewilligt. <sup>4</sup>Soweit bereits die vorausgegangene Bewilligung nach § 41a vorläufig erfolgte, ergeht abweichend von Satz 3 auch die Weiterbewilligungsentscheidung nach § 41a aus demselben Grund für sechs Monate vorläufig. <sup>5</sup>§ 60 des Ersten Buches sowie die §§ 45, 48 und 50 des Zehnten Buches bleiben unberührt.

(6) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates den in Absatz 1 genannten Zeitraum längstens bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern.

Hinweis: § 67 SGB II wurde durch Art. 1 des Gesetzes v. 27.03.2020 (BGBl I 2020, 575) mit Wirkung vom 28.03.2020 neu gefasst.

*Hinweis vom 31.03.2020*

Hinweis: § 67 SGB II wurde durch Art. 13 Nr. 2 des Gesetzes v. 20.05.2020 (BGBl I 2020, 1055) mit Wirkung vom 29.05.2020 geändert. Die Änderungen sind in der Kommentierung durch Aktualisierungshinweise berücksichtigt.

*Hinweis vom 02.06.2020*

Dokument wurde zuletzt aktualisiert am: 14.07.2020

## Gliederung

A. Basisinformationen	Rn. 1
I. Textgeschichte/Gesetzgebungsmaterialien	Rn. 1
II. Vorgängervorschriften	Rn. 3
III. Parallelvorschriften	Rn. 4
IV. Untergesetzliche Normen/Landesgesetze	Rn. 5
V. Systematische Zusammenhänge	Rn. 6
VI. Ausgewählte Literaturhinweise	Rn. 8
B. Auslegung der Norm	Rn. 9
I. Regelungsgehalt und Bedeutung der Norm	Rn. 9
II. Normzweck	Rn. 12
III. Begrenzter Geltungszeitraum (Absatz 1)	Rn. 14
IV. Abweichende Vermögensberücksichtigung (Absatz 2)	Rn. 17
1. Nichtberücksichtigung für die Dauer von sechs Monaten (Absatz 2 Satz 1)	Rn. 17
2. Ausnahmen (Absatz 2 Satz 2)	Rn. 21
a. Erhebliches Vermögen (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 1)	Rn. 21
b. Vermutungsregelung (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2)	Rn. 23
V. Sonderregelungen zu den Unterkunfts- und Heizkosten (Absatz 3)	Rn. 26
1. Fiktion angemessener KdU (Absatz 3 Satz 1)	Rn. 26
2. Fiktionswirkung bei laufendem Kostensenkungsverfahren (Absatz 3 Satz 2)	Rn. 29
3. Nichtgeltung der Fiktion bei bereits abgesenkten KdU (Absatz 3 Satz 3)	Rn. 32
VI. Sonderregelungen für vorläufige Bewilligung und abschließende Entscheidung (Absatz 4)	Rn. 34
1. Allgemeines	Rn. 34
2. Zwingender sechsmonatiger Bewilligungszeitraum (Absatz 4 Satz 1)	Rn. 35
3. Abschließende Entscheidung nur auf Antrag (Absatz 4 Satz 2)	Rn. 37
VII. Fiktive Antragstellung und ungeprüfte Weiterbewilligung (Absatz 5)	Rn. 39
1. Allgemeines	Rn. 39
2. Weitergeltung des vorherigen Antrags (Absatz 5 Sätze 1 und 2)	Rn. 40
3. Weiterbewilligung ohne Anspruchsprüfung (Absatz 5 Sätze 3 und 4)	Rn. 43
4. Auswirkungen auf Aufhebung und Erstattung und Mitwirkung (Absatz 5 Satz 5)	Rn. 45
VIII. Verlängerung der Maßnahmen durch Rechtsverordnung (Absatz 6)	Rn. 49

## A. Basisinformationen

### I. Textgeschichte/Gesetzgebungsmaterialien

- 1 § 67 SGB II ist im Rahmen des **Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket)** vom 27.03.2020<sup>1</sup> in das SGB II aufgenommen worden. Die Vorschrift beruht auf dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und SPD vom 24.03.2020.<sup>2</sup> Er hat die Ausschussberatungen am 25.03.2020 unverändert durchlaufen<sup>3</sup> und ist noch am selben Tag von Bundestag beschlossen worden. Am 27.03.2020 hat der Bundesrat zugestimmt, der Bundespräsident das Gesetz ausgefertigt und ist das Gesetz im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Die Regelung ist damit **am 28.03.2020 in Kraft getreten** (Art. 11 Abs. 1 des Gesetzes). Insgesamt dürfte die Geschwindigkeit des Gesetzgebungsverfahrens (vier Tage von der Einbringung des Gesetzentwurfs bis zum Inkrafttreten) in der deutschen Sozialgesetzgebung beispiellos sein.
- 2 § 67 SGB II ist bisher nicht geändert worden.

- 2.1 Durch das **Gesetz zu sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (Sozialschutz-Paket II)** vom 20.05.2020 (BGBl I 2020, 1055) ist (nur) die Überschrift der Vorschrift geändert worden, und zwar dergestalt, dass die Wörter „aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2“ durch die Wörter „aus Anlass der COVID-19-Pandemie“ ersetzt worden sind. Die Änderung ist am **29.05.2020** in Kraft getreten. Sie war bereits im Gesetzentwurf der Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD enthalten und soll lediglich redaktionellen Zwecken (Anpassung an die Überschrift des neuen § 68 SGB II) dienen (BT-Drs. 19/18966, S. 39).

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

### II. Vorgängervorschriften

- 3 Vorgängervorschriften zu § 67 SGB II **gibt es nicht**. Bis zum 31.07.2016 enthielt § 67 SGB II a.F. eine **Übergangsregelung zum Freibetragsneuregelungsgesetz**, die die Anwendung der bis dahin geltenden Regelungen zu Einkommen (§ 11 SGB II) und Freibeträgen (§ 30 SGB II a.F.) für laufende Bewilligungszeiträume auch über den 30.09.2005 hinaus anordnete. Mit dieser Vorschrift hat der neue § 67 SGB II, der lediglich die eingetretene Leerstelle neu besetzt hat, **nichts zu tun**.

### III. Parallelvorschriften

- 4 Für die **Hilfe zum Lebensunterhalt** nach dem Dritten Kapitel und die **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** nach dem Vierten Kapitel des SGB XII gibt es in § 141 SGB XII eine weitgehend inhaltsgleiche Vorschrift.
- 4.1 Korrespondierende Regelungen finden sich zum Teil auch in den COVID-19-bedingten **Sondervorschriften zum Kinderzuschlag** nach § 6a BKGG, die in § 20 Abs. 4 ff. BKGG geregelt sind; vgl. dazu *Groth*, jurisPR-SozR 7/2020 Anm. 1; *Kühl*, NZS 2020, 362.

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

<sup>1</sup> BGBl I 2020, 575.

<sup>2</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 9 f.

<sup>3</sup> BT-Drs. 19/18130, S. 8.

## IV. Untergesetzliche Normen/Landesgesetze

- 5 Untergesetzliche Regelungen gibt es bisher nicht. Allerdings ist angesichts der **Verordnungsermächtigung** in § 67 Abs. 6 SGB II (vgl. Rn. 49) eine zukünftige untergesetzliche Regelung zur Verlängerung der Maßnahmen nicht ausgeschlossen.
- 5.1 Am 25.06.2020 hat die Bundesregierung aufgrund u.a. des § 67 Abs. 6 SGB II die Verordnung zur Verlängerung des Zeitraums für das vereinfachte Verfahren für den Zugang zu den Grundversicherungssystemen und für Bedarfe für Mittagsverpflegung aus Anlass der COVID-19-Pandemie (**Vereinfachter-Zugang-Verlängerungsverordnung – VZVV**) erlassen (BGBl I 2020, 1509). Sie ist am 30.06.2020 in Kraft getreten und tritt am 30.09.2020 außer Kraft.

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

## V. Systematische Zusammenhänge

- 6 § 67 SGB II schafft ein vorübergehendes Sonderrecht, das eine ganze Reihe **zentraler Vorschriften** des SGB II **vorübergehend außer Kraft** setzt bzw. **modifiziert** und dementsprechend zu diesen Vorschriften in einem sachlichen Zusammenhang steht.
- 7 Dabei geht es insbesondere um die Regelungen zur **Hilfebedürftigkeit** (§ 9 SGB II), zum **Vermögenseinsatz** (§ 12 SGB II), zur **Berechnung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld** (§ 19 Abs. 3 SGB II), zur **Angemessenheit von Aufwendungen für Unterkunft und Heizung** (§ 22 Abs. 1 Satz SGB II) und zum **Kostensenkungsverfahren** (§ 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II), zur **Antragstellung** (§ 37 SGB II) und zur **vorläufigen Bewilligung und abschließenden Entscheidung** (§ 41a SGB II).
- 7.1 Durch **Sozialschutz-Paket II** (Rn. 2.1) sind in **§ 68 SGB II** weitere COVID-19-Pandemie-bedingte Sonderregelungen normiert worden, die den **Mehrbedarf für das gemeinschaftliche Schulmitagessen** (§ 28 Abs. 6 SGB II) betreffen (s. die Kommentierung zu § 68 SGB II 1. Überarbeitung).

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

## VI. Ausgewählte Literaturhinweise

- 8 *Groth*, Kommunalrechtliche Experimentierklauseln, 2005.
- 8.1 *Groth*, Das Sozialschutz-Paket: (Erste) Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Sozialrecht, jurisPR-SozR 7/2020 Anm. 1.
- 8.2 *Burkiczak*, „Hartz IV“ in Zeiten von Corona, NJW 2020, 1180.
- 8.3 *Bittner*, Befristete Regelungen für den erleichterten Zugang zu Leistungen zur Gewährung des Existenzminimums aus Anlass der COVID-19-Pandemie gemäß § 67 SGB II, § 141 SGB XII, § 88a BVG, NZS 2020, 332.
- 8.4 *Bartels*, Aktuelle Gesetze zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie in Bezug auf Bereiche des Sozialen, NDV 2020, 193; *Nakielski*, Was das eilig beschlossene Sozialschutz-Paket regelt, SozSich 2020, 138; *Voelzke*, Nicht kleckern, sondern klotzen – das Sozialschutzpaket I, jM 2020, 235.

*Aktualisierung vom 25.05.2020*

- 8.5** *Kühl*, Der Kinderzuschlag und die Änderungen durch das Starke-Familien-Gesetz sowie durch das Sozialschutz-Paket aufgrund des Corona-Virus, NZS 2020, 362; *Lehmann*, Ist ein Umzug während der Corona-Pandemie möglich und zumutbar?, NZS 2020, 436.

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

- 8.6** *Armborst*, Das Rettungspaket zur Begrenzung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, info also 2020, 99; *Kellner*, Das vereinfachte Verfahren des Sozialschutz-Pakets in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 67 SGB II, NJ 2020, 213; *Schlegel/Meßling/Bockholdt*, COVID-19 – Corona-Gesetzgebung – Gesundheit und Soziales, 1. Aufl. 2020.

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

## B. Auslegung der Norm

### I. Regelungsgehalt und Bedeutung der Norm

- 9** § 67 SGB II ist eine **maßnahmegesetzliche Regelung**, die aus Anlass der COVID-19-Pandemie und der durch sie eingetretenen bzw. erwartbar eintretenden wirtschaftlichen Folgewirkungen für einen vergleichsweise kurzen Zeitraum konzipiert worden ist und z.T. – insbesondere, was die vorübergehende Aussetzung der Vermögensberücksichtigung anbelangt – erhebliche Abweichungen auch von prinzipiellen Grundsätzen des Fürsorgerechts (Nachranggrundsatz) vorsieht. Deswegen ist das Gesetz auch nur für einen eng begrenzten Zeitraum angelegt (§ 67 Abs. 1 SGB II, dazu Rn. 14 und § 67 Abs. 5 Satz 1 SGB II, dazu Rn. 39).
- 10** § 67 Abs. 2 SGB II regelt den **Vermögenseinsatz** abweichend vom Regelsystem (Rn. 17 ff.), § 67 Abs. 3 SGB II fingiert vorübergehend die **Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung** (Rn. 26 ff.), § 67 Abs. 4 SGB II modifiziert die Regelungen zu **abschließender Entscheidung** nach vorläufiger Bewilligung (Rn. 34 ff.) und § 67 Abs. 5 SGB II modifiziert das **Weiterbewilligungsverfahren** (Rn. 39 ff.). In § 67 Abs. 6 SGB II findet sich eine **Verordnungsermächtigung** zur begrenzten Verlängerung des krisenbedingten Sonderrechts (Rn. 49 ff.).
- 11** Für den begrenzten Zeitraum seiner Geltungsdauer hat § 67 SGB II eine **sehr hohe praktische Bedeutung**.

### II. Normzweck

- 12** Das **Sozialschutz-Paket** insgesamt soll dazu beitragen, die **erheblichen Auswirkungen** der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Wirtschaft und Beschäftigung abzufedern.<sup>4</sup> In diesem Rahmen kommt § 67 SGB II die Bedeutung zu, den Lebensunterhalt von **Kleinunternehmern** und **Solo-Selbständigen**, die vorübergehend von erheblichen Einkommenseinbußen betroffen sind, aber in der Regel keine Ansprüche auf vorrangige Sozialleistungen haben, für die Dauer der Krise schnell und unbürokratisch abzusichern.<sup>5</sup>
- 13** Insgesamt verfolgen die Regelungen einen **doppelfunktionalen Ansatz**: Einerseits sollen die **Zugangsvoraussetzungen** zur Grundsicherung für Arbeitsuchende kurzfristig **abgesenkt** werden. Andererseits geht es auch darum, die **Jobcenter**, die ihrerseits vor allem personalwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der bundesweit zu ihrer Eindämmung aufgrund des

<sup>4</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 1.

<sup>5</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 24.

IfSG erlassenden Beschränkungen (Lockdown) zu bewältigen haben, **von administrativem Aufwand zu entlasten**, indem für die Sachbearbeitung **aufwändige Prüfungen im Rahmen von Neuanträgen und Weiterbewilligungsentscheidungen** wegfallen.

### III. Begrenzter Geltungszeitraum (Absatz 1)

**14** § 67 Abs. 1 SGB II bestimmt, dass Leistungen für Bewilligungszeiträume, die in der Zeit vom 01.03.2020 bis zum 30.06.2020 beginnen, nach Maßgabe der Absätze 2-4 erbracht werden. Es handelt sich damit um Regelungen, die nur für einen **eng begrenzten Zeitraum** gelten, dessen spätestster Ablauf bereits jetzt bestimmbar ist.

**14.1** Gemäß § 1 Abs. 1 VZVV (vgl. Rn. 5.1) ist der in § 67 Abs. 1 SGB II genannte Zeitraum zunächst **bis zum 30.09.2020** verlängert worden. !

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

**14.2** Entscheidend für die Geltung der Sonderregelungen des § 67 Abs. 2-4 SGB II ist, dass der **Beginn des Bewilligungszeitraums** in das Zeitfenster des § 67 Abs. 1 SGB II (i.V.m. § 1 Abs. 1 VZVV) fällt. Da die Sonderregelungen zum Teil materiellrechtliche Wirkungen entfalten und entfalten sollen (vgl. insbesondere § 67 Abs. 2 SGB II), von denen abhängen kann, ob überhaupt eine Bewilligungsentscheidung zu ergehen hat, muss es auf den Zeitpunkt ankommen, an dem der Bewilligungszeitraum **bei richtiger Anwendung des materiellen und des Verfahrensrechts** zu beginnen hat. Zu Recht geht das Sächsische LSG v. 04.06.2020 - L 7 AS 354/20 B ER - juris Rn. 36 daher davon aus, dass die Sonderregelungen des § 67 SGB II auf einen im Dezember 2019 gestellten Antrag (vgl. § 37 SGB II) auch dann nicht anwendbar sind, wenn der Antrag abgelehnt worden ist und die um Leistungen nachsuchende Person erst im März 2020 um einstweiligen Rechtsschutz ersucht hat. !

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

**15** In der **Grundsicherung für Arbeitsuchende** werden die Leistungen **in der Regel** für einen **Bewilligungszeitraum von einem Jahr** bewilligt (§ 41 Abs. 3 Satz 1 SGB II). Da der Antrag grundsätzlich auf den Ersten des Kalendermonats zurückwirkt (§ 37 Abs. 2 Satz 2 SGB II), kommen die Sonderregelungen der Absätze 2-4 deshalb nur für Bewilligungszeiträume zur Anwendung, die spätestens im Juni 2020 (im Regelfall rückwirkend zum 01.06.2020) beginnen und dementsprechend spätestens am 31.05.2021 enden. Werden Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende – insbesondere wegen schwankenden Einkommens – **vorläufig bewilligt** (§ 41a SGB II), verkürzt sich der **Bewilligungszeitraum auf sechs Monate** (§ 67 Abs. 4 Satz 1 SGB II); spätestes Ende wäre in diesem Falle der 30.11.2020. Allerdings können sich diese Enddaten nochmals um jeweils längstens sechs Monate hinauszögern, wenn und soweit die Bundesregierung von der Verordnungsermächtigung des § 67 Abs. 6 SGB II Gebrauch macht (dazu Rn. 49).

**16** Generell stellt sich die Frage, ob § 67 Abs. 1 SGB II **nur für Neufälle** gelten soll, worauf die Gesetzesbegründung hindeuten scheint,<sup>6</sup> oder **auch für Bestandsfälle**, worauf der Wortlaut („Bewilligungszeiträume“, nicht Leistungsfälle, die beginnen) und teilweise auch die Systematik – § 67 Abs. 3 Satz 3 SGB II knüpft ausdrücklich an den vorangegangenen Bewilligungszeitraum an – hindeutet. Das Verhältnis ist nicht klar aufzulösen und ist **nach teleologischen Gesichtspunkten für die einzelnen Regelungen** der Absätze 2-4 jeweils eigenständig zu entscheiden.

<sup>6</sup> Vgl. BT-Drs. 19/18107, S. 25.

## IV. Abweichende Vermögensberücksichtigung (Absatz 2)

### 1. Nichtberücksichtigung für die Dauer von sechs Monaten (Absatz 2 Satz 1)

- 17 Nach § 67 Abs. 2 Satz 1 SGB II wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. Es handelt sich um die wohl weitreichendste Regelung der Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie, weil sie den **Nachranggrundsatz**, dem als einem der **prägenden Strukturprinzipien** des Sozialhilferechts auch im Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhebliche Bedeutung zukommt, für einen allerdings überschaubaren Zeitraum weitgehend **außer Kraft** setzt. Die Berücksichtigung von Einkommen bleibt allerdings grundsätzlich (vgl. aber Rn. 37) bestehen.
- 18 Die Nichtberücksichtigung von Vermögen wirkt für die **Dauer von sechs Monaten** und **beginnt mit dem Bewilligungszeitraum**,<sup>7</sup> der zwischen dem 01.03.2020 und dem 30.06.2020 (§ 67 Abs. 1 SGB II) beginnt. Dabei geht der Gesetzgeber offenbar davon aus, dass die Vorschrift **nur auf diejenigen Fälle anwendbar** sein soll, in denen innerhalb des Zeitraums nach § 67 Abs. 1 SGB II **Leistungen** entweder **erstmalig** oder aber **nach einer mindestens einmonatigen Zäsur** durch bedarfsdeckendes Einkommen oder Vermögen **erstmalig wieder beantragt** werden („Prüfung, ob erhebliches Vermögen vorliegt, ... insbesondere bei Erstanträgen oft sehr aufwändig“).<sup>8</sup> Deutlich wird dies auch bei der Gegenüberstellung der Regelungen des § 67 Abs. 1-4 SGB II mit denen des § 67 Abs. 5 SGB II. Denn für die Weiterbewilligung von Leistungen, deren Bewilligungszeitraum in der Zeit vom 31.03.2020-31.08.2020 endet, sieht § 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II die **Vermutung unveränderter** (tatsächlicher und rechtlicher) **Verhältnisse** vor und lässt § 67 Abs. 5 Satz 5 SGB II insoweit die §§ 45, 48, 50 SGB X explizit unberührt.
- 18.1 *Bittner*, NZS 2020, 332, 333 geht hingegen – vertretbar (vgl. Rn. 19) – davon aus, dass die Regelung des § 67 Abs. 2 Satz 1 SGB II für **alle Erst-, Neu- und Weiterbewilligungsanträge** gilt. **!**  
*Aktualisierung vom 27.04.2020*
- 19 Wollte man dies anders sehen und die **Geltung** des § 67 Abs. 2 Satz 1 SGB II **auch für Folgebewilligungszeiträume** befürworten wollen – der Wortlaut gäbe dies durchaus her –, würde dies wegen der verfahrensrechtlichen Wirkungen des § 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II ohnehin erst in einer späteren **Rückforderungssituation** relevant werden. Dann dürfte in einem Fall, in dem ein Leistungsempfänger über Jahre hinweg dauerhaft über bedarfsdeckendes Vermögen verfügt hat, (nur) der Weiterbewilligungsbescheid, dessen Bewilligungszeitraum im Zeitfenster des § 67 Abs. 1 SGB II begonnen hat, (nur) für den Zeitraum der ersten sechs Monate dieses Bewilligungszeitraums mangels Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts nicht aufgehoben und insoweit folglich auch keine Erstattung verlangt werden. Es liegt auf der Hand, dass dieses Ergebnis **dem Normzweck nicht gerecht** wird. Dies gilt umso mehr, als es vom Zufall abhängt, ob die Weiterbewilligungsentscheidung gerade im Zeitraum 01.03.2020-30.06.2020 fällig wird. Für Weiterbewilligungszeiträume, die davor begonnen haben und danach beginnen, wäre Vermögen ohnehin nach den allgemeinen Regeln zu berücksichtigen.
- 20 § 67 Abs. 2 Satz 1 SGB II bezeichnet mit den §§ 9, 12 und 19 Abs. 3 SGB II ausdrücklich all diejenigen **Vorschriften**, die ihrerseits den **Einsatz von Vermögen** (§ 12 SGB II) **zum Gegenstand** haben. Die Zitierung erfüllt in begrenztem Umfang eine **Hinweis- und Warnfunktion**. Zur Umsetzung des Regelungskonzepts hätte es der Zitierung allerdings nicht bedurft.

<sup>7</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 25.

<sup>8</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 25.



## 2. Ausnahmen (Absatz 2 Satz 2)

### a. Erhebliches Vermögen (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 1)

- 21** Von der in § 67 Abs. 2 Satz 1 SGB II normierten Relativierung des Nachranggrundsatzes – Nichtberücksichtigung von Vermögen für die Dauer von sechs Monaten – statuiert § 67 Abs. 2 Satz 2 HS. 1 SGB II allerdings sogleich eine **Rückausnahme** für den Fall, dass **erhebliches Vermögen** vorliegt. Dem Ziel, die Bewilligungsentscheidung möglichst unbürokratisch zu gestalten, läuft dies zunächst einmal entgegen.
- 22** Dies liegt insbesondere daran, dass der Gesetzgeber mit dem Begriff der **Erheblichkeit** des Vermögens einen **unbestimmten Rechtsbegriff hohen Unbestimmtheitsgrades** eingeführt hat, ohne diesen im eigentlichen Sinne näher zu definieren oder durch die Gesetzesbegründung zu konkretisieren.<sup>9</sup> Als Synonyme für erheblich kommen einerseits Begriffe wie beachtenswert, relevant oder wesentlich, andererseits Begriffe wie ansehnlich, außerordentlich, enorm oder eindrucksvoll in Betracht. Nimmt man erstere als Maßstab, wäre als erheblich bereits jedes Vermögen zu qualifizieren, das sich auf den Leistungsanspruch auswirkt, also nicht nach § 12 Abs. 2 und 3 SGB II unberücksichtigt zu bleiben hätte. Wiewohl die Gesetzesbegründung vielleicht auch in diesem Sinne verstanden werden könnte („vereinfachtes Verfahren bei der Berücksichtigung von Vermögen“),<sup>10</sup> ergibt eine derartige Auslegung aus systematischen Gründen angesichts des § 67 Abs. 2 Satz 1 SGB II keinen Sinn. Vielmehr wird man im Sinne des zweitgenannten Begriffsverständnisses ein Vermögen **erst dann** als **erheblich** zu qualifizieren haben, wenn es **so deutlich oberhalb der Vermögensfreigrenzen** des SGB II liegt, dass **für jedermann offenkundig** ist, dass die **Gewährung existenzsichernder Leistungen nicht gerechtfertigt** ist. Nur ein solches Begriffsverständnis wird den Zielen des Gesetzes, insbesondere selbständig Tätigen in der akuten Notlage des Lockdown eine unbürokratische Nothilfe zu gewähren, hinreichend gerecht.
- 22.1** Die **Bundesagentur für Arbeit (BA)** nimmt in ihren **Weisungen** zum Gesetz für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket) sowie ergänzende Regelungen ([www.arbeitsagentur.de/datei/ba146402.pdf](http://www.arbeitsagentur.de/datei/ba146402.pdf), abgerufen am 06.04.2020), S. 7 Anleihen bei § 21 Nr. 3 WoGG, der ebenfalls den Begriff des erheblichen Vermögens – wie auch hier vertreten – im Sinne einer **Missbrauchsgrenze** verwendet, und der dazu ergangenen **Allgemeinen Verwaltungsvorschrift**. Nach Nr. 21.37 Abs. 1 WoGVwV liegt erhebliches Vermögen vor, wenn die Summe des verwertbaren Vermögens **60.000 €** für das erste und **30.000 €** für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied übersteigt. Abzustellen ist nach der Weisungslage der BA allerdings nur auf sofort verwertbares Vermögen, also insbesondere **Barmittel** und sonstige **liquide Mittel**. Der Ansatz erscheint – übertragen auf die Bedarfsgemeinschaft (§ 7 Abs. 3 SGB II) – vor dem Hintergrund der hier vertretenen Definition **sachgerecht**.

*Aktualisierung vom 06.04.2020*

### b. Vermutungsregelung (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2)

- 23** Um im Hinblick auf den gleichwohl unbestimmten Rechtsbegriff der Erheblichkeit den bürokratischen Aufwand gering zu halten, sieht § 67 Abs. 2 Satz 2 HS. 2 SGB II eine **Vermutungsregelung** vor. Danach wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller dies im Antrag erklärt.

<sup>9</sup> Vgl. BT-Drs. 19/18107, S. 25.

<sup>10</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 25.

**24** Geboten ist lediglich die **einfache Erklärung**, dass **kein erhebliches Vermögen vorhanden** ist. Da die Erklärung „**im Antrag**“ zu machen ist, spricht bei semantischem Verständnis viel für ein Schriftformerfordernis, auch wenn der Antrag als solcher keiner Form bedarf. Zumindest aus Gründen der Beweisbarkeit sollte das Jobcenter die Erklärung zur Niederschrift aufnehmen, d.h. **aktenkundig** machen und **von der leistungsnachsuchenden Person unterzeichnen** lassen. Die Vermutung kann – auch noch nachträglich – **widerlegt** werden. Eine spätere Aufhebungsentscheidung nach § 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 oder 3 SGB X (i.V.m. § 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II und § 330 Abs. 2 SGB III) dürfte allerdings im Hinblick auf die hohen subjektiven Anforderungen (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) nur dann Bestand haben können, wenn das Jobcenter die Antragstellerin oder den Antragsteller bei Antragstellung (zutreffend) darüber aufgeklärt hat, was als erhebliches Vermögen angesehen werden müsste, und dies auch entsprechend dokumentiert hat.

**24.1** Auch *Bittner*, NZS 2020, 332, 334 geht davon aus, dass Aufhebungs- und Rückforderungsentscheidungen nach den §§ 45, 50 SGB X ausscheiden, wenn der **Leistungsträger** über die aus seiner Sicht maßgebliche Erheblichkeitsschwelle **informiert** und die um Leistungen **nachsuchende Person** sich bei Abgabe ihrer Erklärung **darauf verlassen** hat.

*Aktualisierung vom 27.04.2020*

**24.2** Nach Auffassung des LSG Bayern v. 20.04.2020 - L 16 AS 170/20 B ER - juris Rn. 24 soll die Vermutungsregelung erst greifen, wenn der Antragsteller eine **Eigenerklärung über die Höhe des vorhandenen Vermögens** abgegeben hat. Diese Sichtweise entspricht weder dem Wortlaut des § 67 Abs. 2 Satz 2 SGB II noch der vom Gericht in Bezug genommenen Gesetzesbegründung und würde auch dem **Sinn und Zweck der Vorschrift zuwiderlaufen** (ähnlich *Coseriu* in: jurisPK-SGB XII, § 19 SGB XII Rn. 10.5).

*Aktualisierung vom 25.05.2020*

**25** Im Falle einer **Weigerung** der Antragstellerin oder des Antragstellers, **die Erklärung abzugeben**, sind die Vermögensverhältnisse **von Amts wegen** zu ermitteln (§ 20 SGB X). Rechtlicher Maßstab ist dabei (nur) für die ersten sechs Monate die Erheblichkeit des Vermögens i.S. des § 67 Abs. 2 Satz 2 HS. 1 SGB II und nicht der allgemeine Rahmen des § 12 SGB II. Ist **erhebliches Vermögen** zwar „**vorhanden**“, aber **nicht unmittelbar verfügbar**, oder würde die **sofortige Verwertung** eine **besondere Härte** bedeuten, kommt die Gewährung eines Darlehens (§ 24 Abs. 5 SGB II) in Betracht. Sofern die Verwertung des Vermögens bei prognostischer Betrachtung auch innerhalb eines Bewilligungszeitraums – in der Regel also inzwischen innerhalb von zwölf Monaten – nicht möglich ist, ist von der Unverwertbarkeit auszugehen; auch erhebliches Vermögen steht dem Leistungsanspruch dann nicht entgegen.<sup>11</sup> Insoweit gelten die allgemeinen Regeln.

## V. Sonderregelungen zu den Unterkunfts- und Heizkosten (Absatz 3)

### 1. Fiktion angemessener KdU (Absatz 3 Satz 1)

**26** § 67 Abs. 3 Satz 1 SGB II sieht vor, dass § 22 Abs. 1 (Satz 1) SGB II mit der Maßgabe anzuwenden ist, dass die **tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung** für die **Dauer von sechs Monaten** – ausgehend vom Beginn eines zwischen dem 01.03.2020 und dem 30.06.2020 beginnenden Bewilligungszeitraums – als angemessen gelten. Es handelt sich um eine **unwiderlegbare Fiktion**.

<sup>11</sup> BSG v. 24.05.2017 - B 14 AS 16/16 R - juris Rn. 22.

**27** Die Fiktion angemessener Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gilt der **Höhe nach unbegrenzt**; sie erfasst auch exorbitant hohe Unterkunfts-kosten. Ausnahmen aus Billigkeitsgründen sehen auch die nachfolgenden Sätze nicht vor. Für die Frage, was unter den **Begriff der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung** fällt und **wann** sie **zu berücksichtigen** sind, sieht § 67 Abs. 3 SGB II allerdings **keine Modifikationen** vor. Es gelten insoweit die allgemeinen Regeln. D.h. insbesondere, dass auch im Rahmen dieser Sonderregelung grundsätzlich **keine Tilgungs-raten** zu übernehmen sind, weil es sich dabei nicht um tatsächliche Aufwendungen für die Unterkunft handelt.<sup>12</sup>

**28** Die Vorschrift des § 67 Abs. 3 SGB II gilt **sowohl für Erst- als auch für Weiterbewilligungs-zeiträume** (vgl. allgemein Rn. 16), die zwischen dem 01.03.2020 und dem 30.06.2020 beginnen. Dies folgt für diese Bestimmung weniger aus dem Willen des Gesetzgebers, der „die von der Pandemie Betroffenen“ – und damit tendenziell in wirtschaftliche Not geratene Erstantragsteller – vor Sorgen um den angestammten Wohnraum schützen will,<sup>13</sup> als vielmehr aus der **Systematik** der Vorschrift. Denn sowohl § 67 Abs. 3 Satz 2 SGB II als auch § 67 Abs. 3 Satz 3 SGB II **beschränken sich** in ihrem Regelungsgehalt einzig **auf Weiterbewilligungsentscheidungen**.

## **2. Fiktionswirkung bei laufendem Kostensenkungsverfahren (Absatz 3 Satz 2)**

**29** Gemäß § 67 Abs. 3 Satz 2 SGB II ist nach Ablauf dieses sechsmonatigen Zeitraums § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II mit der Maßgabe anzuwenden, dass **dieser Zeitraum nicht auf die in § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II genannte Frist anzurechnen** ist.

**30** Der **Regelungsgehalt** dieser Vorschrift erstreckt sich allein auf **Weiterbewilligungsbescheide**. Sie betrifft insbesondere Fälle, in denen im vorangegangenen Bewilligungszeitraum **bereits zur Kostensenkung aufgefordert** worden war mit der Folge, dass die sechsmonatige Kostensenkungsfrist (§ 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II) in Gang gesetzt worden ist. In diesen Fällen verbleibt es nach § 67 Abs. 3 Satz 1 SGB II bei Weiterbewilligung im in § 67 Abs. 1 SGB II genannten Zeitraum zunächst bei der Berücksichtigung der tatsächlichen Aufwendungen, was verfahrensrechtlich durch § 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II zusätzlich abgesichert wird. § 67 Abs. 3 Satz 2 SGB II sorgt allerdings dafür, dass die **Kostensenkungsfrist nur gehemmt und nicht unterbrochen** wird. Sie läuft nach Ablauf der Sechs-Monats-Fiktion gemäß § 67 Abs. 3 Satz 1 SGB II nach dem bisherigen Stand weiter ab. Ohne die Regelung des § 67 Abs. 3 Satz 2 SGB II wäre infolge der fingierten Angemessenheit der Unterkunfts-kosten eine Zäsurwirkung eingetreten und das Kostensenkungsverfahren müsste nach Ablauf der sechs Monate – einschließlich einer neuen Kostensenkungsaufforderung – neu in Gang gesetzt werden.<sup>14</sup>

**31** Für Erstbewilligungsentscheidungen hat die Vorschrift dagegen **keinen eigenständigen Regelungsgehalt**; allenfalls kann ihr insoweit ein **klarstellender Charakter** zugemessen werden. Wegen der Fiktion des § 67 Abs. 3 Satz 1 SGB II gelten die tatsächlichen Unterkunfts-kosten als angemessen, so dass die Berücksichtigung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II und nicht nach § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II erfolgt. Erst mit Wegfall der Fiktion nach Ablauf von sechs Monaten werden die Aufwendungen ggf. erstmals unangemessen mit der Folge, dass auch erst dann zur Kostensenkung aufzufordern ist und auch erst dann der sechsmonatige Kostensenkungszeitraum beginnt.

<sup>12</sup> BSG v. 07.07.2011 - B 14 AS 79/10 R - juris Rn. 18.

<sup>13</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 25.

<sup>14</sup> Vgl. BSG v. 16.04.2013 - B 14 AS 28/12 R - juris Rn. 18 f.

### 3. Nichtgeltung der Fiktion bei bereits abgesenkten KdU (Absatz 3 Satz 3)

**32 Keine Geltung** beansprucht § 67 Abs. 3 Satz 1 SGB II in **laufenden Leistungsfällen**, in denen die Kosten der Unterkunft und/oder Heizung bereits während des vorangegangenen Bewilligungszeitraums auf das angemessene Maß abgesenkt waren. Dies ist nach der Gesetzesbegründung konsequent, weil die Sorgen um den Erhalt der Wohnung in diesem Fall nicht pandemiebedingt sind.

**32.1** *Burkiczak*, NJW 2020, 1180, 1181 ist zuzustimmen, dass es – anders als es insoweit die Gesetzesbegründung vermuten lässt (BT-Drs. 19/18107, S. 25: „Eine bereits bestandskräftige Kostensenkung hat jedoch Bestand.“) – **nicht** auf die **Bestandskraft** einer zuvor erfolgten Kostensenkung ankommt. Es genügt, wenn das Jobcenter zumindest für den letzten Monat des vorangegangenen Bewilligungszeitraums im Rahmen der **Bewilligungsentscheidung** anstelle der tatsächlichen nur noch die für angemessen erachteten Unterkunfts-kosten berücksichtigt hat.

*Aktualisierung vom 20.04.2020*

**32.2** Zu Recht geht das SG Berlin v. 20.05.2020 - S 179 AS 3426/20 ER - juris Rn. 31 f. daher davon aus, dass die **Gegenausnahme** des § 67 Abs. 3 Satz 3 SGB II **nicht greift**, wenn im vorangegangenen Bewilligungszeitraum noch die tatsächlichen Unterkunfts-kosten berücksichtigt worden waren und die **Kostensenkung erst mit Beginn des neuen Bewilligungszeitraums** hätte umgesetzt werden sollen.

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

**33** Sollte allerdings insbesondere wegen noch **striktierer Ausgangs- oder Gewerbebeschränkungen** (zeitweise Einstellung des Geschäftsbetriebs von Wohnungsmaklern, gewerblichen Großvermietern und Wohnungsbaugenossenschaften) eine Situation eintreten, in der der leistungsberechtigten Person ein **Wohnungswechsel zeitweise unmöglich** wird, sind für diesen Zeitraum die tatsächlichen Aufwendungen trotz einer bereits verstrichenen sechsmonatigen Regelhöchstfrist die tatsächlichen Aufwendungen vorübergehend, für die Dauer der einen Wohnungswechsel hindernden Beschränkungen, nach § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II zu berücksichtigen.

**33.1** Das SG Kiel v. 26.03.2020 - S 26 SO 8/20 ER - Rn. 11 geht davon aus, dass in der ersten Phase der Pandemie Ende März/Anfang April 2020 eine derartige Situation noch nicht vorgelegen hat; kritisch dazu *Lehmann*, NZS 2020, 436.

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

## VI. Sonderregelungen für vorläufige Bewilligung und abschließende Entscheidung (Absatz 4)

### 1. Allgemeines

**34** § 67 Abs. 4 SGB II enthält Änderungen zum Verfahren bei **vorläufiger Bewilligung** von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 41a SGB II). Die Vorschrift dient der Entlastung der Leistungssachbearbeitung bei den Jobcentern, mindestens in gleichem Maße aber auch der Rechtssicherheit für die leistungsberechtigten Personen;<sup>15</sup> sie gilt deshalb unabhängig davon, ob es sich um eine **Erst- oder um eine Folgebewilligung** handelt, sofern der **Bewilligungszeitraum** zwischen dem 01.03.2020 und dem 30.06.2020 **beginnt** (§ 67 Abs. 1 SGB II).

<sup>15</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 25 f.

## 2. Zwingender sechsmonatiger Bewilligungszeitraum (Absatz 4 Satz 1)

- 35** Nach § 67 Abs. 4 Satz 1 SGB II ist im Falle einer vorläufigen Entscheidung (§ 41a Abs. 1 Satz 1 SGB II) über den Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts **ohne Ermessensspielraum** zwingend **für sechs Monate** zu entscheiden.
- 36** Mit der Sonderregelung wird insbesondere **von § 41 Abs. 3 Satz 2 SGB II abgewichen**, der für den Fall vorläufiger Bewilligung einen Bewilligungszeitraum von nur **regelmäßig sechs Monaten** anordnet, aber in begründeten Ausnahmefällen, insbesondere, wenn eine kurzfristige Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu erwarten ist, im Wege einer Ermessensentscheidung auch eine **Verkürzung des Bewilligungszeitraums auf unter sechs Monate** ermöglicht. Diese Möglichkeit – von der angesichts der zeitlichen Begrenztheit der Krise die Sachbearbeitung in den Jobcentern mutmaßlich vereinzelt Gebrauch gemacht hätte – wollte der Gesetzgeber den Jobcentern bewusst nehmen, um insbesondere den im Zuge der COVID-19-Pandemie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen selbständig Tätigen (Kleinunternehmer, Solo-Selbständige) für einen festen Zeitraum ein **Mindestmaß an Planungssicherheit** zu verschaffen.<sup>16</sup>

## 3. Abschließende Entscheidung nur auf Antrag (Absatz 4 Satz 2)

- 37** Nach Maßgabe des § 67 Abs. 4 Satz 2 SGB II ergeht eine **abschließende Entscheidung** bei einer vorläufigen Leistung (§ 41a Abs. 1 SGB II) **nur auf Antrag der leistungsberechtigten Person**. Damit **entfällt** nicht nur die Verpflichtung, sondern auch die **Befugnis** des Jobcenters, über den Leistungsanspruch **von Amts wegen** abschließend zu entscheiden. Die leistungsberechtigte Person behält dagegen ihr auch im Regelsystem (§ 41a Abs. 3 Satz 1 SGB II) vorgesehenes Antragsrecht. Sie sollte den Antrag nur dann stellen, wenn sich insbesondere die der vorläufigen bzw. der Vorschussentscheidung zugrunde gelegten Einkommensverhältnisse ungünstiger entwickelt haben als prognostiziert. Angesichts dieses Umstandes hat die vordergründig nur verfahrensrechtliche Vorschrift des § 67 Abs. 4 Satz 2 SGB II mittelbar auch **materiellrechtliche Folgewirkungen**, die wie § 67 Abs. 2 SGB II auf eine temporäre **Aufweichung des Nachranggrundsatzes** (§ 2 Abs. 2 Satz 1 SGB II) zielen. Dies ist auch deshalb unter Gleichheitsgesichtspunkten nicht ganz unproblematisch, weil ähnliche materiellrechtliche Wirkungen bei von vornherein endgültiger Bewilligungsentscheidung nicht bestehen (§ 67 Abs. 5 Satz 5 SGB II, dazu Rn. 46).
- 38** Unberührt bleiben durch § 67 Abs. 4 Satz 2 SGB II die Vorschriften über die Aufhebung von Verwaltungsakten (§§ 45, 48 SGB X i.V.m. § 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II und § 330 Abs. 2 und 3 SGB III) und über die Erstattung von Leistungen (§ 50 SGB X). War die vorläufige Bewilligungsentscheidung bereits anfänglich rechtswidrig, bleibt eine **Aufhebung nach § 45 SGB X möglich**. Auch eine Aufhebung wegen nachträglicher Änderung der Verhältnisse (§ 48 SGB X) bleibt möglich, aber nur während des noch laufenden Bewilligungszeitraums.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 25.

<sup>17</sup> Vgl. BSG v. 29.04.2015 - B 14 AS 31/14 R - juris Rn. 17 ff.

## VII. Fiktive Antragstellung und ungeprüfte Weiterbewilligung (Absatz 5)

### 1. Allgemeines

**39** § 67 Abs. 5 SGB II enthält einige **vereinfachende verfahrensrechtliche Regelungen** für die Weiterbewilligung von Leistungen in Fällen, in denen der vorangehende Bewilligungszeitraum zwischen dem 31.03.2020 und dem 31.08.2020 endet. Die Regelungen dienen der **Entlastung der Leistungssachbearbeitung** bei den Jobcentern von der aufwändigen Prüfung von Folgeanträgen, um bei ohnehin eingeschränkten personellen Ressourcen Zeit für die zu erwartende steigende Zahl von Erstanträgen zu gewinnen.<sup>18</sup>

**39.1** *Burkiczak*, NJW 2020, 1180, 1182 weist zu Recht darauf hin, dass § 67 Abs. 5 Satz 1 SGB II nach dem Wortlaut nur für Bewilligungszeiträume gilt, die **vor dem 31.08.2020** enden (und damit nur längstens bis zum 30.08.2020 dauern), und zieht insoweit ein Redaktionsversehen in Betracht. Angesichts der **Weisungen der Bundesagentur für Arbeit** (BA) ist davon allerdings nicht auszugehen. Dort werden Bewilligungszeiträume, die am 31.08.2020 oder später enden, ausdrücklich als nicht von § 67 Abs. 5 SGB II erfasst angesehen und zwar mit dem Hinweis, dass andernfalls Anträge, die im März 2020 gestellt und bereits unter den erleichterten Bedingungen bewilligt wurden, von dieser Vorschrift doppelt erfasst würden, was dem **Regelungszweck** zuwiderlaufe (www.arbeitsagentur.de/datei/ba146402.pdf, abgerufen am 20.04.2020, S. 12).

*Aktualisierung vom 20.04.2020*

### 2. Weitergeltung des vorherigen Antrags (Absatz 5 Sätze 1 und 2)

**40** Nach § 67 Abs. 5 Satz 1 SGB II ist für die Weiterbewilligung von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, deren **Bewilligungszeitraum zwischen dem 31.03.2020 und dem 31.08.2020 endet**, abweichend von § 37 SGB II **kein erneuter Antrag erforderlich**. Der **zuletzt gestellte Antrag gilt** insoweit gemäß § 67 Abs. 5 Satz 2 SGB II einmalig für einen weiteren Bewilligungszeitraum **fort**, wobei der Bewilligungszeitraum entweder – bei bisher endgültiger Bewilligung – zwölf Monate (§ 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II) oder – bei bisher vorläufiger Bewilligung – sechs Monate (§ 67 Abs. 5 Satz 4 SGB II) beträgt. Es handelt sich um eine Regelung mit **Fiktionscharakter**. Es bedarf keiner Willensäußerung der leistungsberechtigten Person; zu berücksichtigen ist lediglich eine ausdrückliche Abmeldung aus dem Leistungsbezug, also die Erklärung, dass keine Leistungen mehr beansprucht werden.

**41** Der Gesetzgeber begründet die von § 141 Abs. 5 Satz 1 SGB XII (Geltung des Weiterbewilligungsantrags als gestellt) sprachlich abweichende, **etwas umständlich** erscheinende Regelung des § 67 Abs. 5 Sätze 1 und 2 SGB II mit höchstrichterlicher Rechtsprechung<sup>19</sup> zum **Erfordernis eines Fortzahlungsantrags im SGB II**.<sup>20</sup> Offenbar hatte der Gesetzgeber die Befürchtung, die Implementierung einer gesetzlichen Fiktion würde den höchstrichterlichen Anforderungen an die Antragstellung nicht gerecht werden, und hat es stattdessen vorgezogen, auf einen früher tatsächlich gestellten Antrag abzustellen und dessen Fortgeltung für den hier maßgeblichen Bewilligungszeitraum anzuordnen. Ob die Interpretation der BSG-Entscheidung richtig und zielführend ist, mag dahingestellt sein – immerhin sieht das BSG dort einen einmal gestellten Antrag mit seiner Be-

<sup>18</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 26.

<sup>19</sup> BSG v. 18.01.2011 - B 4 AS 99/10 R - juris Rn. 14 ff.

<sup>20</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 26.

scheidung als verbraucht an<sup>21</sup> –; inhaltlich und im Ergebnis unterscheidet sich die Regelung des § 67 Abs. 5 Sätze 1 und 2 SGB II von der des § 141 Abs. 5 Satz 1 SGB XII angesichts des jeweils klar zum Ausdruck kommenden gesetzlichen Regelungsbefehls nicht.

- 42** Das Merkmal „**einmalig**“ in § 67 Abs. 5 Satz 2 SGB II hat **keine eigenständige Bedeutung**. Angesichts der Weiterbewilligungszeiträume von zwingend zwölf Monaten (§ 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II) bzw. von zwingend sechs Monaten bei vorläufiger Entscheidung (§ 67 Abs. 5 Satz 4 SGB II) ist **kein Fall denkbar**, in dem innerhalb des fünfmonatigen Zeitraums des § 67 Abs. 5 Satz 1 SGB II zwei Weiterbewilligungsanträge gestellt werden müssten. Der Gesetzgeber dürfte mit diesem Merkmal lediglich klarstellen wollen, dass mit dem Prinzip, dass das Arbeitslosengeld II grundsätzlich bei Ablauf eines Bewilligungszeitraums neu beantragt werden muss, nicht grundsätzlich gebrochen wird; es soll gewissermaßen eine „einmalige“ Ausnahme bleiben.

### 3. Weiterbewilligung ohne Anspruchsprüfung (Absatz 5 Sätze 3 und 4)

- 43** Nach § 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II **werden** die Leistungen unter Annahme unveränderter Verhältnisse für zwölf Monate **weiterbewilligt**. Einer Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen im Einzelfall bedarf es grundsätzlich nicht. Die Regelung steht sinnbildlich unter dem Motto: „Jetzt bewilligen, später ggf. überprüfen.“ Die sachbearbeitende Person darf bei ihrer Bewilligungsentscheidung unterstellen, dass die **tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse unverändert** geblieben sind. Etwas anderes wird allerdings ausnahmsweise dann zu gelten haben, wenn das Jobcenter **positive Kenntnis von einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse** hat, die dazu führt, dass der **Leistungsanspruch weggefallen** ist (z.B. Tod der leistungsberechtigten Person) oder **in anderer Höhe** besteht, wobei sich die abweichende Höhe dann allerdings ohne die Ermittlung weiterer Tatsachen aus der bekannten Tatsache (z.B. Rentenerhöhung) ergeben muss.

- 43.1** Auch *Bittner*, NZS 2020, 332, 334 vertritt – zumindest für den Fall des bereits eingetretenen oder für den kommenden Bewilligungszeitraum (z.B. wegen § 7a SGB II) sicher prognostizierbaren vollständigen **Wegfalls der Leistungsvoraussetzungen** – die Auffassung, dass § 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II das Jobcenter **nicht** dazu zwingt, „**sehenden Auges**“ eine offensichtlich materiell **rechtswidrige Entscheidung** zu treffen. !

*Aktualisierung vom 27.04.2020*

- 44** Abweichend davon werden gemäß § 67 Abs. 5 Satz 4 SGB II Leistungen für **sechs Monate** vorläufig bewilligt (§ 41a Abs. 1 SGB II), wenn bereits für den vorangegangenen Zeitraum die Leistungen nach § 41a SGB II **vorläufig bewilligt** worden waren. Auch für die vorläufige Bewilligung gelten die Weitergeltung des früheren Antrags und das Entfallen der Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen. Hinsichtlich der Länge des Bewilligungszeitraums entfällt – wie bei § 67 Abs. 4 Satz 1 SGB II – das dem Jobcenter im Regelsystem (§ 41 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 SGB II) eingeräumte **Soll-Ermessen** („regelmäßig“).

### 4. Auswirkungen auf Aufhebung und Erstattung und Mitwirkung (Absatz 5 Satz 5)

- 45** Gemäß § 67 Abs. 5 Satz 5 SGB II bleiben **§ 60 SGB I** und die **§§ 45, 48 und 50 SGB X** unberührt. Diese eher unscheinbare Regelung wirft durchaus **praxisrelevante Fragen** auf, die auch **durch die Gesetzesbegründung**, die sich zu diesem Satz überhaupt nicht verhält,<sup>22</sup> **nicht geklärt** werden.

<sup>21</sup> BSG v. 18.01.2011 - B 4 AS 99/10 R - juris Rn. 19.

<sup>22</sup> Vgl. BT-Drs. 19/18107, S. 26.

- 46 Vergleichsweise einfach verhält sich die Rechtslage hinsichtlich der unberührten Regelungen über die **Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte** (§ 45 SGB X), die **Aufhebung von Verwaltungsakten wegen Änderung der Verhältnisse** (§ 48 SGB X) und die **Erstattung überzahlter Leistungen** (§ 50 SGB X): Da § 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II, demzufolge die Leistungen unter **Annahme** (Vermutung) **unveränderter Verhältnisse** weiter zu bewilligen sind, eine bloß **verfahrensrechtliche Regelung ohne materiellrechtlichen Gehalt** ist, kann die materielle Rechtmäßigkeit des ohne Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen ergangenen Verwaltungsakts rückwirkend überprüft und – soweit rechtswidrig – unter den Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 Satz 3 SGB X (i.V.m. § 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II und § 330 Abs. 2 SGB III) auch für die Vergangenheit aufgehoben werden. Gleiches gilt für eine Aufhebung des Verwaltungsakts nach § 48 SGB X (i.V.m. § 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II und § 330 Abs. 3 SGB III) wegen geänderter Verhältnisse. Folglich sind bei einer Aufhebungsentscheidung für die Vergangenheit nach Maßgabe des § 50 Abs. 1 SGB X überzahlte Leistungen zu erstatten. Dies ist für sich genommen nicht problematisch. Unter Gleichheitsgesichtspunkten etwas fragwürdig ist lediglich der Umstand, dass sich wegen der mittelbar materiellen Folgewirkungen des § 67 Abs. 4 Satz 2 SGB II die Rechtslage für die Empfänger vorläufiger Leistungen etwas günstiger darstellt (vgl. Rn. 37). Die Schiefelage wird noch dadurch perpetuiert, dass das Vertrauen in eine vorläufige Entscheidung hier ausnahmsweise stärker geschützt wird als das in eine endgültige.
- 47 Ferner stellt sich die Frage, warum nicht auch die Regelung des § 44 SGB X zur **Aufhebung rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakte** (Überprüfungsverfahren) zitiert worden ist. Denn der Leistungsanspruch der leistungsberechtigten Person kann je nach Lebenssachverhalt in dem Bewilligungszeitraum, für den die Bewilligungsentscheidung nach § 67 Abs. 5 Satz 3 SGB II ohne Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen erfolgt ist, ohne Weiteres auch günstiger ausfallen. Es ist jedoch, da Sachgründe nicht ersichtlich sind, insoweit von einem **bloßen redaktionellen Versehen des Gesetzgebers** auszugehen. Letztlich ergibt sich die Anwendbarkeit des § 44 SGB X – mit den im SGB II allgemein geltenden Modifikationen (vgl. § 40 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 SGB II) – aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, zumal der Nennung der §§ 45, 48 und 50 SGB X aus den oben genannten Gründen kaum mehr als deklaratorische Bedeutung zukommt.
- 48 Demgegenüber erschließt sich der **Verweis auf § 60 SGB I** nicht ohne Weiteres; sein **Sinn und Zweck** ist auch unter Anwendung der klassischen Auslegungsmethoden **nicht endgültig zu ermitteln**. § 60 Abs. 1 Satz 1 SGB I regelt die Mitwirkungspflichten, genauer: **Inhalt und Umfang der Mitwirkung** der um Leistungen nachsuchenden oder Leistungen beziehenden Person **an der Amtsermittlung**. Das Besondere an der Übergangsregelung § 67 Abs. 5 Satz 1-3 SGB II ist allerdings gerade, dass die Weiterbewilligungsentscheidung bei fingierter Weitergeltung des für den vorangegangenen Bewilligungszeitraum gestellten Antrags ohne Amtsermittlung stattfinden soll. **Ohne Amtsermittlung** gibt es allerdings auch **keine Mitwirkungspflichten**. Diese Konsequenz könnte der Gesetzgeber gesehen haben, denn immerhin nimmt er § 66 SGB I nicht auch in Bezug. Es bliebe dann die – letztlich am ehesten sinnhafte – Auslegung, dass die Geltung der Mitwirkungspflichten in der Aufhebungs- und Rückforderungssituation erhalten bleiben soll. Gleichwohl stellt sich die Frage, warum § 67 Abs. 5 Satz 5 SGB II dann nicht explizit auf § 60 Abs. 1 Satz 2 SGB I Bezug nimmt. In jedem Falle wären hier einige erläuternde Ausführungen in der Gesetzesbegründung hilfreich gewesen.



- 48.1** *Burkiczak*, NJW 2020, 1180, 1182 versteht § 67 Abs. 5 Satz 5 SGB II gut vertretbar dahingehend, dass die Vorschrift (auch) auf die fortbestehende Verpflichtung der Leistungsempfänger nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I („Wer Sozialleistungen ... erhält ...“) hinweist, leistungserhebliche **Änderungen in den Verhältnissen** unverzüglich **mitzuteilen**.

*Aktualisierung vom 20.04.2020*

## VIII. Verlängerung der Maßnahmen durch Rechtsverordnung (Absatz 6)

- 49** Nach § 67 Abs. 6 SGB II wird die Bundesregierung dazu ermächtigt, den in § 67 Abs. 1 SGB II – nicht aber den in § 67 Abs. 5 Satz 1 SGB II – genannten Zeitraum **längstens bis zum 31.12.2020** zu verlängern. Es handelt sich um eine **Höchstfrist**. Auch (mehrfache) kurze Verlängerungen sind von der Ermächtigung gedeckt. Allerdings sollte die Rechtsverordnung, wenn die Bundesregierung eine Verlängerung in Betracht zieht, bereits aus Sachgründen **rechtzeitig vor dem 30.06.2020** (Ablauf des in § 67 Abs. 1 SGB II geregelten Zeitraums) erlassen werden, um Lücken im Zeitraum für den das Sonderrecht gilt, oder Komplikationen durch eine ggf. rückwirkende Geltung der Verordnung und damit einen erhöhten Verwaltungsaufwand zu vermeiden.
- 49.1** Mit der **Vereinfachter-Zugang-Verlängerungsverordnung** (Rn. 5.1) hat die Bundesregierung von der Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht und den in § 67 Abs. 1 SGB II genannten Zeitraum für die Sonderregelungen des § 67 Abs. 2-4 SGB II zunächst bis zum 30.09.2020 verlängert. Die Verlängerung ist allerdings nicht frühzeitig, sondern sehr kurzfristig mit einem Inkrafttreten der Verordnung vom 25.06.2020 erst am 30.06.2020 erfolgt.

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

- 50** Bei allem aner kennenswerten Bemühen um kurzfristige und unbürokratische Maßnahmen in einer beispiellosen Krise seien einige **rechtspolitische Anmerkungen** erlaubt: Mit der Regelung des § 67 Abs. 6 SGB II ermächtigt der Gesetzgeber die Exekutive, durch Rechtsverordnung darüber zu disponieren, wie lange die Anwendung an sich geltender formalgesetzlicher Regelungen zugunsten eines „Notstandsrechts“ ausgesetzt wird. § 67 Abs. 6 SGB II ist, um es beim Namen zu nennen, ein – wenn auch in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht sehr begrenztes – **Ermächtigungsgesetz**. Dergleichen ist nicht von vornherein verfassungswidrig, sondern kann gemessen an Bestimmtheit, Parlamentsvorbehalt, rechtsstaatlicher Gewaltenteilung und Verhältnismäßigkeit verfassungsrechtlich durchaus zu rechtfertigen sein.<sup>23</sup> Ernsthafte verfassungsrechtliche Zweifel sind hier auch nicht angebracht, weil die Ermächtigung außerhalb eines grundrechtssensiblen Bereichs erteilt ist – subjektive Rechte der Betroffenen werden durch ein Gebrauchmachen von der Ermächtigung eher erweitert – und der Gesetzgeber das Programm für die Abweichung von den gesetzlichen Regelvorschriften wie auch die maximale Dauer selbst vorgibt, die Bundesregierung als Ermächtigungsadressaten also eng führt. Dennoch sollte nach den historischen Erfahrungen vor dem Erlass eines Ermächtigungsgesetzes immer innegehalten werden für die Frage, ob eine solche Maßnahme wirklich **zwingend erforderlich** ist. Zweifel daran sind angebracht, denn – das zeigt gerade dieses Gesetz – in Notlagen vermag der parlamentarische Gesetzgeber meist ebenso schnell, wenn nicht schneller zu handeln als der Ordnungsgeber. Und es wäre sicherlich ein Leichtes für die Gesetzgebungsorgane des Bundes, die am 25.03.2020 bzw. am 27.03.2020 im ad-hoc-Verfahren verabschiedeten Maßnahmen nochmals kurzfristig zu verlängern, wenn dies

<sup>23</sup> Eingehend *Groth*, Kommunalrechtliche Experimentierklauseln, S. 113 ff.

geboten erscheint. Ein solches Verfahren hätte dann die volle demokratische Legitimation. Was passieren kann, wenn man die Entscheidung über die Geltung einer formellgesetzlichen Vorschrift der Verwaltung überantwortet, zeigt sich im Übrigen instruktiv an § 7 Abs. 4a SGB II. Diese Vorschrift ist durch das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch von 24.03.2011<sup>24</sup> zum 01.04.2011 wesentlich geändert worden. Die Geltung dieser Neuregelung wird aber gemäß § 77 Abs. 1 SGB II geknüpft an den Erlass einer Rechtsverordnung, auf die wir auch fast zehn Jahre später noch immer warten.

- 51** Die Rechtsverordnung kann **ohne Zustimmung des Bundesrates** ergehen. § 67 Abs. 6 SGB II trifft damit eine anderweitige, von Regelsystem abweichende bundesgesetzliche Regelung i.S. des Art. 80 Abs. 2 GG. Damit wird in ebenfalls durchaus kritikwürdiger Weise auf ein für die Normsetzung durch die Exekutive bewährtes Korrektiv im Sinne des gewaltenteiligen Systems der Bundesrepublik Deutschland bewusst verzichtet.

---

<sup>24</sup> BGBl I 2011, 453.